



Politik auf dem Prüfstand

Wahlprüfsteine der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. zur Bundestagswahl 2021

Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus

Die aktuelle Bundesregierung hat den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen hohen Stellenwert eingeräumt und auf die höchste politische Ebene gehoben. Dies ist insbesondere durch die Einberufung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (KabA) nach den rechtsterroristischen Anschlägen in Halle am 9. Oktober 2019 und in Hanau am 19. Februar 2020 deutlich geworden. Teil des Maßnahmenkatalogs des KabA ist ein Demokratiefördergesetz bzw. Wehrhafte-Demokratie-Gesetz, um Engagement für Demokratie, die Gestaltung unserer vielfältigen Gesellschaft und die Prävention von Rechtsextremismus nachhaltig und dauerhaft zu fördern.

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solches Gesetz möglichst rasch verabschiedet wird?
2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die 89-Punkte des Maßnahmenkatalogs des KabA in der nächsten Legislaturperiode weitergeführt und vollständig umgesetzt werden?
3. Halten Sie es für geboten, dass die Umsetzung dieser 89 Maßnahmen in enger Abstimmung mit von Rassismus betroffenen Gruppen erfolgt, um ihren Erfolg sicherzustellen?
4. Halten Sie es für sinnvoll und notwendig, die Bereiche der Rassismusbekämpfung und -prävention (inkl. der politischen Bildung) und der Gestaltung unserer Migrationsgesellschaft auszubauen und in einem eigenständigen Ressort/ Ministerium zusammenzuführen?

Das Land Berlin hat im Juni 2020 als erstes Bundesland ein Antidiskriminierungsgesetz (LADG) verabschiedet, um die Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu schließen (das AGG gilt nicht für staatliches Handeln/ staatliche Stellen).

5. Halten Sie ein Antidiskriminierungsgesetz auf Bundesebene für sinnvoll?
6. Befürworten Sie, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu einer obersten Bundesbehörde erhoben wird und entsprechende Erweiterungen im Bereich Budget/ Stellenumfang und Kompetenzen/ Befugnisse erfährt?
7. Setzen Sie sich für die standardmäßige Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren bei Stellenausschreibungen ein?



8. Finden Sie, neben der durch das BMI beauftragten Studie zum Polizeialltag sollte auch möglicher struktureller Rassismus in den Polizeibehörden und der -ausbildung untersucht werden?
9. Ist für Sie die Aufklärung der NSU-Morde und des NSU-Komplexes abgeschlossen?
10. Werden Sie sich dafür einsetzen, die in den verschiedenen NSU-Untersuchungsausschüssen überfraktionell beschlossenen Empfehlungen vollständig umzusetzen?

Einbürgerungen

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) unterstreicht in seinem Jahresgutachten 2021 die Wichtigkeit von Einbürgerungen im Sinne einer gelungenen politischen Teilhabe in Deutschland. Dafür empfiehlt der Sachverständigenrat einen vereinfachten Weg zur Einbürgerung sowie eine konkrete Werbekampagne, um Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zur Einbürgerung zu ermutigen.

11. Finden Sie auch, dass Einbürgerungen grundsätzlich erleichtert und entsprechende bürokratische Hürden abgebaut werden sollten?
12. Unterstützen Sie die durch den SVR vorgeschlagene Empfehlung einer „Turbo-Einbürgerung“ nach 4 Jahren für Menschen, die „wirtschaftlich und sozial besonders gut integriert sind“¹?
13. Im Hinblick auf Ihr persönliches demokratisches Verständnis: Wie problematisch finden Sie es, dass 11,4 Mio. der in Deutschland dauerhaft lebenden und arbeitenden Menschen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (und somit nicht an Bundes- und Landtagswahlen teilnehmen können) und Deutschland im europäischen Vergleich eine der niedrigsten Einbürgerungsquoten hat? [1 = überhaupt nicht problematisch; 10 = höchst problematisch]

Nach aktueller Rechtslage dürfen EU-Bürger*innen in Deutschland auf kommunaler Ebene wählen – sog. Drittstaatsangehörige nicht.

14. Finden Sie, Drittstaatsangehörige sollten auf kommunaler Ebene gleichermaßen wie Unionsbürger*innen wählen dürfen?

Vielfalt in Politik & Verwaltung

Laut statistischem Bundesamt besitzt fast jede*r Vierte in der Bevölkerung Deutschlands einen sogenannten Migrationshintergrund – in den Parteien spiegelt sich dieser Anteil allerdings kaum wieder. Im Bundestag haben nur rund 8 % der Abgeordneten eine Zuwanderungsgeschichte. Im aktuellen Kabinett gibt es nicht eine einzige Person mit Migrationsgeschichte.

15. Finden Sie, in den Parlamenten sollte sich die Zusammensetzung der Gesellschaft möglichst gut widerspiegeln?
16. Setzen Sie sich dafür ein, dass migrantische Perspektiven und Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung in Ihrer Partei ausreichend repräsentiert sind?
17. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass migrantische Perspektiven und Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung in der Regierung ausreichend repräsentiert sind?

Auch im öffentlichen Dienst spiegelt sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund nicht wider – lediglich 6 % der im öffentlichen Dienst Beschäftigten hat einen Migrationshintergrund².

¹ Jahresgutachten 2021: Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Diversität umgeht. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/05/SVR_Jahresgutachten_2021.pdf



18. Befürworten Sie das Festsetzen von Zielquoten („Migrationsquote“, „Diversitätsquote“) für den öffentlichen Dienst im Hinblick auf Menschen mit Migrationsgeschichte?
19. Werden Sie sich für ein Bundespartizipationsgesetz stark machen, das die umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Personen mit Migrationsgeschichte und Personen mit Diskriminierungserfahrung verwirklicht und bestehende Benachteiligungen auf Grund der Herkunft beseitigt?

Bildung

Das Bildungswesen ist reformbedürftig – das ist sicherlich Konsens. Es geht um eine bessere Ausbildung für Lehrkräfte, die Förderung natürlicher Mehrsprachigkeit und das Entwickeln von Maßnahmen, um Schule zu einem chancengerechteren und diskriminierungsärmeren Ort zu machen.

20. Sollte Ihrer Meinung nach das Studium zum Lehramt für verschiedene Sprachen ausgeweitet werden, wie es z.B. an der Universität Duisburg-Essen für Türkisch der Fall ist?
21. Finden Sie, Kinder und Jugendliche sollten in den Schulpausen ausschließlich Deutsch sprechen?
22. Sollten Maßnahmen zur Förderung der Muttersprache bzw. der Mehrsprachigkeit – als Regelangebote – in Kindertageseinrichtungen und Schulen Ihrer Meinung nach gestärkt werden?
23. Braucht es Ihrer Meinung nach flächendeckende unabhängige Beschwerdemöglichkeiten und Anlaufstellen für Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern in Fällen von Diskriminierung im Kontext Schule?
24. Sollte die jüngere Geschichte der Einwanderung (etwa im Zuge der Anwerbeabkommen) in Deutschland verstärkt in Lehrpläne integriert werden?

Gesundheit & Soziales

Die Pandemie hat uns dramatisch vor Augen geführt, wie sehr Gesundheit von der sozioökonomischen Lage der Menschen abhängt. Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen leben und unter prekären Bedingungen arbeiten (viele haben eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte), sind besonders von einer COVID-19 Ansteckung und einem schweren Verlauf gefährdet. In Bezug auf das Gesundheitssystem deuten sich alarmierende Versorgungslücken an, die schon vor Corona bekannt waren und auch auf andere Bereiche der Wohlfahrtspflege übertragen werden können (bspw. Pflege, Sozialberatung, Senior*innenarbeit).

25. Setzen Sie sich dafür ein, dass ein Anspruch auf Sprachmittlung im Gesundheitssystem (SBG 5) gesetzlich verankert wird?

In sozioökonomisch starken Wohngebieten gibt es eine hohe Dichte, in sozioökonomisch schwachen Gebieten einen Mangel an Hausarztpraxen.

26. Planen Sie, etwas gegen diese nach sozioökonomischen Kriterien ungleiche Verteilung von Hausarztpraxen zu tun?
27. Finden Sie, entsprechend qualifizierte Migrant*innenselbstorganisationen, die bereits erfolgreiche wohlfahrtspflegerische Dienstleistungen anbieten³, sollten den Organisationen der etablierten Wohlfahrtsverbände gleichgestellt werden?

² Vgl. Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2019: Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung: <https://www.fes.de/studie-zeitfenster-fuer-vielfalt>

³ Vgl. Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.: Wie tragen säkulare Migrantenorganisationen zur Wohlfahrtspflege in Deutschland bei? https://www.dezim-institut.de/fileadmin/Publikationen/Briefing_Notes/210301_DBN_05_dt_final.pdf



Sonstiges

Für Menschen in der Türkei ist es mit enormen Hürden verbunden, ein Visum für Deutschland zu erhalten und nicht immer wird ein Visumsantrag bewilligt – Deutsche hingegen können auch ohne Visum bspw. Urlaub in der Türkei machen.

28. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Visa aus der Türkei für bestimmte Anlässe wie touristische Zwecke, Familienbesuche und Ausbildung/ Studium erleichtert werden?